

Ungeladener Besuch 2
Neues Jugendcafé im Norden

Armut ist weiblich 3
Zum Internationalen Frauentag

Wie Herr Betcke die Demokratie amputiert

BVV-Vorsteher: Fragen und Frager aussortiert

Die Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf hat im Januar ihre Geschäftsordnung geändert. § 47b sieht als Bestandteil der BVV die Einrichtung einer Einwohnerfragestunde vor, in der „Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner an die BVV oder das Bezirksamt behandelt“ werden. Die BVV folgte damit dem 2005 geänderten Bezirksverwaltungsgesetz, das den Bürgerinnen und Bürgern erweiterte Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte einräumt. Die Anregung dafür ging auch von der Linkspartei.PDS aus.

Die Reinickendorfer Einwohner Klaus Rathmann und Yusuf Dogan wollten am 8. Februar von diesem demokratischen Recht Gebrauch machen. Ihre Fragen (s. unten) wurden von BVV-Vorsteher Betcke (CDU) nicht zugelassen. Eine zugesagte Erklärung in der BVV blieb aus. Erst zwei Wochen später erfuhren die Fragesteller über das „Berliner Abendblatt“ erstaunliche „Gründe“ der Ablehnung.

Herr Betcke gehe - so Klaus Rathmann in einem offenen Brief an den BVV-Vorsteher - offenbar davon aus, dass er Fragen „zulassen“ oder „nicht zulassen“ könne. „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass auf diesem Wege politisch unbequeme Fragen und Fragesteller aussortiert werden. Aus meiner Sicht ist das ein Mißbrauch der Funktion eines BVV-Vorstehers. Das Gesetz und die neue Geschäftsordnung der BVV reduzieren das Fragerecht in keiner Weise. Sie verpflichten eindeutig das Bezirksamt, auf jede Frage von Bürgerinnen und Bürgern eine Antwort zu geben.“ Der angeführte Ablehnungsgrund - die Fragen

hätten sich auf eine Parteiveranstaltung (übrigens der CDU) bezogen - sei nur ein Vorwand, den viele Beispiele aus der BVV-Praxis widerlegen.

Betckes Darlegungen vermittelten den Eindruck, Klaus Rathmann sei als Bezirksvorsitzender der Linkspartei.PDS nur Bürger zweiter Klasse und besitze nicht das Recht, im Rahmen der Einwohnerfragestunde Fragen an das Bezirksamt oder die BVV zu stellen, da „die Partei nicht in der BVV vertreten ist“. Er erinnerte daran, dass die PDS im Ergebnis der Wahlen vom 21. Oktober 2001 ein Mandat in der BVV Reinickendorf errungen hatte, das sie aus konkreten Gründen zur Zeit nicht wahrnehme. Die Begründung, man wolle sich „keinen Wahlkampf in die BVV holen“, wertete Klaus Rathmann angesichts des oft unwürdigen politischen Schlagabtausches zwischen den Fraktionen in der BVV als Pharisäertum. Die PDS werde weiterhin „nicht darauf verzichten, ihre demokratischen Rechte im Bezirk im Interesse ihrer Wählerinnen und Wähler wahrzunehmen.“



Fragen, die unerwünscht waren

„Verfügt das Bezirksamt über Erkenntnisse, die die Behauptung von Herrn Michael Dietmann (MdA, CDU) stützen, dass die GeSoBau verkauft werden soll?“

Klaus Rathmann

„Bei einem Bürgerforum mit den Mietern des Märkischen Viertels am 10.1.06 habe ich mehrfach den Wunsch gehört, nur an Leute zu vermieten, die zu uns ins Mär-

kische Viertel passen. Dies hat mich als deutschen Staatsbürger türkischer Herkunft schockiert. Bedeutet dies, dass im Märkischen Viertel keine Ausländer, keine Hartz-IV-Empfänger, keine Spätaussiedler, keine Muslime und keine sozial ausgegrenzten Menschen erwünscht sind, oder könnte ich hier eine Wohnung bekommen?“
Yusuf Dogan

Alternatives Jugendcafé im Norden Berlins

Zur Eröffnung auch gleich ungebetener Besuch

Wohin freitags ab 18 Uhr? Seit Anfang Februar laden unternehmungsfreudige Mitglieder der Antifaschistischen Initiative Reinickendorf (A.I.R.) und der Falken aus Wedding/Mitte junge Leute aus den Nordbezirken ins „Café Bohne“ ein. Sie wollen - wie sie betonen - einen Platz schaffen, in dem sich Jugendliche frei von Vorurteilen bewegen und unterhalten können. Jede Religion oder Hautfarbe sei willkommen; es mache keinen Unterschied, ob man ein dickes oder dünnes Portemonnaie habe.

Und natürlich kommt die Jugend... *„hi, jo, am freitag war's sehr gemütlich und ich komm garantiert wieder... also erst einmal großes lob“*, schrieb ein netter Mensch den Organisatoren nach der Eröffnungsparty ins Gästebuch.

Aber auch „ungebetene Gäste“ ließen sich sehen. Wie die Organisatoren mitteilten, standen am Tag vor der Eröffnungsfeier „zwei Polizis-

ten in Zivil“ vor der Tür und fragten Mitglieder der Falken nach deren Verhältnis zu den Reinickendorfer Antifaschisten aus. Wie es heißt, ohne großen Erfolg.

„Durch solche Einschüchterungsversuche soll bewußt die demokratische Selbstorganisation von jungen Menschen im Ansatz gestoppt werden,“ stellt (A.I.R.) in einer Erklärung fest. Politik dürfe nach Auffassung der Herrschenden wohl nur betrieben werden, wenn kein kritisches Wort zu den bestehenden Verhältnissen in der Gesellschaft

fällt. *“Demokratische und selbstorganisierte Jugendarbeit ist ein zentraler Bestandteil jeder jugendkulturellen Bewegung und muss gefördert, anstatt verhindert werden!“*

Und wohin am 3.3.2006? Natürlich zum Infoabend „Venezuela“ ins „Café Bohne“.

F.W.



www.rantifa.de

„Café Bohne“
Nordbahnstr. 14
13359 Berlin
Direkt am S-Bhf.
Wollankstr.
(S1,S8)

Drei Jahre nach PDS-Antrag: Keine Chipkarten mehr

Zum 15. Februar hat Reinickendorf als vorletzter Bezirk in Berlin den Vertrag mit der Firma SODEXHO gekündigt, die das Chipkartensystem für Asylbewerber betreibt. Die PDS hatte bereits im Februar 2003 in der BVV den Antrag gestellt, an Leistungsberechtigte nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz Bargeld statt Sachleistungen auszuzahlen. Seinerzeit widersetzten sich Sozialstadtrat Balzer, CDU und FDP dieser Forderung. Die „Initiative gegen das Chipkartensystem“ hatte wiederholt vor Supermärkten im Bezirk gegen diese Behandlung der Migranten protestiert.

Kommunales

Wahlrecht ab 16

Der Jugendhilfeausschuss der BVV beriet auf Antrag der Fraktion B90/Grüne darüber, wie die 16- bis 18-Jährigen in unserem Bezirk mo-

tiviert werden können, bei den kommenden BVV-Wahlen von ihrem erstmals bestehenden Wahlrecht Gebrauch zu machen. Das Bezirksamt sollte dazu bis Ende Februar ein Grobkonzept über konkrete Maßnahmen vorlegen.

„Deutsch plus“-Test in Reinickendorf

Im Oktober/November 2006 wurde in 23 bezirklichen Kitas ein Sprachfeststellungsverfahren durchgeführt. 72,6 Prozent der zukünftigen Reinickendorfer Erstklässler bestanden den Test. Aber jedes vierte Kind braucht Fördermaßnahmen, um dem Schulunterricht folgen zu können. Besonders gilt dies für Kinder im MV (jedes Dritte), Tegel und Tegel-Süd (jedes Fünfte). Bei Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache ist der Förderbedarf bei mehr als jedem zweiten besonders hoch - mit zunehmender Tendenz.

Weil die Gymnasiasten das Abitur bald schon ein Jahr schneller ablegen sollen, wird Nachmittagsunterricht und damit auch eine Essenversorgung in den Gymnasien nötig. In einer GA wollten die Grünen vom BA wissen, wie der Bezirk darauf vorbereitet sei. Stadtrat Ewers erklärte, dass von den sieben Reinickendorfer Gymnasien nur die Schulfarm Scharfenberg über eine Mensa verfügt. Im Übrigen sei jede Schule selbst für die Studentenfeln verantwortlich. Weil niemand weiß, woher das Geld für den nötigen Umbau kommen soll, wurde die GA in den Schulausschuß überwiesen.

Weit über den Bezirk hinaus blickte die CDU mit ihrer GA um die Schulsprache Deutsch. Stadtrat Ewers und weitere Diskussionsredner begrüßten das Beispiel der Weddinger Herbert-Hoover-Realschule, in der Lehrer, Eltern und Schüler Deutsch als verbindliche Sprache auf dem Schulgelände vereinbarten. So gilt es auch in der Reinicke-Fuchs-Grundschule mit 76,8 Prozent Anteil von Schülern nichtdeutscher Herkunft. Dieser Anteil liegt berlinweit bei 25,7 Prozent. In Reinickendorf liegen 22 Schulen über diesem Durchschnitt.

Der Abend endete fast mit einem Eklat. In der Diskussion um zwei Empfehlungen der CDU, die sich für Mieterinteressen im Märkischen Viertel einsetzte, ging es weniger um diese als vielmehr um die Frage des Teilverkaufs von 2500 Gesobau-Wohnungen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Höhne wünschte sich eine parteiübergreifende Zusammenarbeit gegen den Verkauf. Der Bezirk hat ein Interesse an einer starken Gesobau. Was sagt Frau Wanjura als Mitglied des Aufsichtsrates? Wie schafft sie den Spagat? Wo bleibt die politische Ehrlichkeit? Daraufhin wollte die Bürgermeisterin wissen, woher das Wissen um ihr Abstimmungsverhalten stamme. Eine Tagung des Ältestenrats konnte abgewendet werden, weil Stadtrat Senfleben offen legte, woher man weiß, dass es im Aufsichtsrat der Gesobau keine Gegenstimmen zum Teilverkauf gab. Dies habe Finanzsenator Sarrazin erklärt. Muss er nun mit einem Beschwerdeverfahren der Bürgermeisterin rechnen? Die Empfehlungen wurden in den Verwaltungsausschuß überwiesen. **LD**

Armut trägt ein weibliches Gesicht

EU-Gleichstellungsbericht: Frauen Deutschlands besonders benachteiligt

Frau K., 52, geschieden, Mutter zweier Kinder, ist eine von den Frauen, die keine Arbeit finden. „Zu alt“ oder „zu unqualifiziert“ sagen die Personalchefs. Vielen Frauen ergeht es so, denen Kinder und deren Erziehung zeitweilig wichtiger war als die Mehrung des Bruttosozialprodukts. Die Armut ist weiblich - dieser Satz der deutschen Frauenbewegung gilt weiter. Vor allem gilt er mehr als lange zuvor.

Nach dem gerade veröffentlichten Gleichstellungsbericht der Brüsseler EU-Kommission erhielten Männer 2004 23 Prozent mehr Lohn pro Arbeitsstunde als Frauen. Fünf Jahre vorher hatte die Differenz noch 19 Prozent betragen.

HUMBOLDTFRAUEN

Bezirkliche Ausstellung zum Internationalen Frauentag im Heimatmuseum Alt-Hermsdorf 35, 13467 Berlin vom 12. März bis 21. Mai Eröffnung 12.3., 11 Uhr

Im EU-Durchschnitt beträgt sie nur 15 Prozent. Ursachen seien die deutsche Nichteinhaltung der EU-Rechtsvorschriften zur Gleichheit des Arbeitsentgeltes, strukturelle Ungleichheiten und ein für Frauen beschränkter Zugang zur Aus- und Weiterbildung, sagt der EU-Bericht.

Männer werden vom Arbeitsamt eher als Frauen für weitere Berufsqualifizierung gefördert. Frauen werden eher in sogenannte Minijobs vermittelt. Frauen besetzen 70 Prozent dieser Jobs mit der gewollten Ausweitung des Niedriglohnssektors sowie dem gewollten Druck auf noch bestehende Vollarbeitsplätze und deren Löhne. Aber Minijobs bilden keine weiteren Ansprüche auf Arbeitslosengeld. Altersarmut und finanzielle Abhängigkeit von den Männern sind vorprogrammiert. Ist das gewollt? Und dann die unsägliche Konstruktion der Bedarfsgemeinschaften. Zwei Drittel derjenigen, die nach Einführung des ALG II überhaupt keine Leistungen mehr erhalten, sind Frauen.

Das Hartz IV-Gesetz gibt vor, alle Menschen gleich zu behandeln, auch die, die in besonderen Lebenssituationen leben. Das gerät zur bö-

sen Farce, wenn man/frau sich das Folgende ansieht:

Alleinerziehende, noch immer vorwiegend Frauen, die Kinder zu versorgen haben und auf deren Betreuung angewiesen sind, sind im Vergleich weder zeitlich noch räumlich flexibel. Diese Tatsache führt oft zu Unterbrechungen in ihrer Erwerbsbiographie. Aber beim Arbeitslosengeld II wird das Kindergeld angerechnet. Arme Frauen haben noch ärmere Kinder.

Jugendliche müssen ab dem 15. Lebensjahr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, wenn sie keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Sonst wird ihnen das Arbeitslosengeld II gekürzt. Sie haben kein Recht auf einen selbstgewählten Beruf oder eine Ausbildung. Junge Frauen werden vermehrt in die traditionelle Rolle der Ehefrau und Mutter zurückgedrängt.

Teilzeitarbeit trifft für 45 Prozent aller erwerbstätigen Frauen zu. Das ist höher als in jedem anderen Land der EU außer den Niederlanden. Die Autoren des EU-Berichtes meinen, das hänge mit größeren Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zusammen.

Migrantinnen aus Nicht-EU-Staaten dürfen nur dann vermittelt werden, wenn sich für die Arbeitsstelle

100 ROTE ROSEN

Aktion der Linkspartei.PDS Reinickendorf zum Internationalen Frauentag 8. März, 7 Uhr Kurt-Schumacher-Platz

keine Deutsche findet. Langzeitarbeitslosigkeit ist somit vorprogrammiert! Außerdem verschlechtert sich die Situation nach dem Ausländerrecht: Familienzusammenführung, Aufenthaltsverlängerung und Aufenthaltsverfestigung sowie die Einbürgerung von Ausländern hängt generell davon ab, dass sie ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten können. Bisher war - wenn auch eingeschränkt - eine Aufenthaltsverfestigung auch bei Bezug von Arbeitslosenhilfe möglich. Dies ist gestrichen worden.

Ist das gewollt, Frau Kanzlerin Merkel?

Linda



Ohne Frauen keine Freude

Zeichnung: Monika Köpp

Was möglich sein muss

Laut Grundgesetz soll der Staat „auf die Beseitigung bestehender Nachteile“ zwischen Männern und Frauen hinwirken. Die Hartz-Gesetze vertiefen dagegen bestehende Nachteile. Die Linkspartei.PDS hat die Hartz-Gesetze abgelehnt. Wir bleiben dabei:

- Damit sich Partnerschaft und Familie auf Liebe, Respekt und nicht auf die Not der „Bedarfsgemeinschaft“ gründet, brauchen alle Erwachsenen finanzielle Unabhängigkeit. Wir fordern eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen.

- Statt Ein-Euro-Jobs: Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor zu Tariflöhnen.

- Wir fordern das Recht auf berufliche Qualifizierung und Vermittlung für Wiedereinsteigerinnen.

- Gemeinnützige Beschäftigung muss freiwillig sein und Übergänge auf den ersten Arbeitsmarkt eröffnen.

- Kindergeld darf nicht auf das ALG II angerechnet werden.

Feministische Arbeitsgemeinschaft LISA in der Linkspartei.PDS: lisa@pds-online.de

www.jugend-reinickendorf.de/jugendamt/frauenbeauftragte/frauenbeauftragte.php

Solidarität leben

Die Volkssolidarität: Soziales Mit- und Füreinander

Das Motto „Solidarität leben“, das die Arbeit der Volkssolidarität inzwischen seit mehr als sechs Jahrzehnten begleitet, ist Aushängeschild und Verpflichtung zugleich.

Im Oktober 1945 im Osten Deutschlands gegründet, um die schwere soziale Not, Leid und Elend nach dem Ende des Krieges zu lindern, hat der Sozial- und Wohlfahrtsverband inzwischen eine lange Tradition des sozialen Engagements für ältere Menschen, chronisch Kranke, Pflegebedürftige, sozial Benachteiligte und zunehmend für Kinder und Jugendliche.

Drei wesentliche Säulen prägen das Wirken der Volkssolidarität:



Die Berliner Volkssolidarität ist ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Verband der Freien Wohlfahrtspflege. Er ist Interessenvertreter aller rat- und hilfesusuchenden, hilfsbedürftiger Menschen und ist ein leistungsstarker Dienstleister und Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes e.V.

- der Mitgliederverband mit einem vielgestaltigen Vereinsleben in den Orts-, Interessen- und Selbsthilfegruppen, getragen von einem ausgeprägten freiwilligen sozialen Engagement vieler Mitglieder und Mitarbeiter

- die sozialen Dienste und Einrichtungen

- die sozialpolitische Interessenvertretung für Mitglieder und Freunde des Verbandes.

Die ca. 360 000 Mitglieder in 4616 Mitglieder- und Ortsgruppen

bilden eine Gemeinschaft für und von Menschen, die Solidarität brauchen und Solidarität geben. Das Bekenntnis zum Frieden in der Welt und zu den Menschenrechten, bürgerschaftliches Engagement und der Anspruch, jedem und jeder ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, zählen zu den Grundlagen ihres solidarischen Handelns.

Bundespräsident Horst Köhler dankte in seinem Grußwort zum 60-jährigen Jubiläum 2005 „allen Mitarbeitern, Freunden und Förderern der Volkssolidarität für ihren Einsatz“, wünschte „auch weiterhin viel Erfolg“ und kennzeichnete sie als eine „in unserem sozialen Bundesstaat längst (...) feste Größe“. Sie setzt sich konsequent und mit durchdachten Vorschlägen gegen Sozialabbau, Rentenkürzung, für eine gerechte Finanzierung der sozialen Systeme und eine stabile Gesundheitsversorgung ein.

Grund genug, auch in Reinickendorf den Versuch zu wagen, den Sozialverband zu verankern. Die zunehmende Beachtung bei kommunalen und Wirtschaftsgremien, im Netzwerk der Wohlfahrtsverbände, in Gewerkschaften und Parteien bilden eine gute Basis für soziales und solidarisches Handeln. Die Fülle des Leistungsangebots bietet jedem Menschen jeden Alters ein Betätigungsfeld. Jeder findet „sein“ Ehrenamt, „seine“ Mitstreiter – und oft auch neue Freunde.

Hat man viel, so wird man bald noch viel mehr dazu bekommen. Wer nur wenig hat, dem wird auch das wenige genommen.
HEINRICH HEINE

Goldener Abglanz

Unter dem Eindruck der olympischen Winterspiele möchte Frank Steffel (CDU) möglichst bald mit dem Sportausschuss beim Abgeordnetenhaus die Olympiasiegerin Claudia Pechstein in ihrer Trainingsstätte Hohenschönhausen besuchen. Das ist fürwahr christdemokratisch gedacht. Die kleine Claudia Pechstein und der große Frank Steffel auf den Titelfoto der Gazetten - das wäre durchaus ein Mittel, die Sportlerin aus der Unbekanntheit und Unpopularität zu reißen, in die sie mit ihren olympischen Erfolgen gefallen ist. Wenn Claudia Pechstein es wünsche, würde er sich sogar Schlittschuhe unterschellen und mit ihr auf's Eis gehen. Wie nötig muss der Mann doch wenigstens den Abglanz eines Erfolges haben!
Jochen Eser

Schul-Eskorte

Angesichts der 27 ständigen Reinickendorfer Schulschwänzer (von insgesamt 97 in Berlin) ist die CDU-Fraktion in der BVV in die Offensive gegangen. Die Schwänzer sollen zukünftig nicht mehr von der Polizei, sondern von 1-Euro-Jobbern der Schule zugeführt werden. Das sei billiger, und die Zuführer könnten dann auch noch gleich ein paar Informationen für die zuständigen Ämter herauskriegen.

Aber die Reinickendorfer Christdemokraten bleiben trotz aller Offensive stark hinter der Bundes-CDU zurück, die gerade verzweifelt versucht, die Bundeswehr als inneren Ordnungsfaktor schmackhaft zu machen. Mit klingendem Spiel zur Schule gebracht zu werden - das wäre doch mal neu und ein echter Motivationsschub.
Sr.

Termine

Jan Korte (MdB, Mitglied des Parteivorstandes) ist am **Mittwoch, dem 29. März, um 18.30 Uhr** Gast der öffentlichen **Mitgliederversammlung der Linkspartei.PDS Reinickendorf** im Roten Laden. Thema ist die Vorbereitung der 1. Tagung des 10. Bundesparteitages.

**Gründungstreffen der Ortsgruppe Reinickendorf
am 24. März 2006 um 17 Uhr
im Roten Laden**

Alle Mitglieder und Interessierte sind herzlich eingeladen!

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
reinickendorf@linkspartei-berlin.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.